Pressemitteilung vom 29/10/2019

DER FALL VINCENZO VECCHI

28 Oktober 2019 Pressemitteilungen, Presseschau

INSTRUMENTALISIERUNG DES EUROPÄISCHEN HAFTBEFEHLS (EHB)

In der mündlichen Verhandlung am 24. Oktober 2019 haben die Anwälte der Verteidigung gezeigt, wie in den Verfahren des EHB dessen Prinzipien missachtet wurden..

Erster Punkt der Missachtung:

-Der EHB bezüglich MAILAND ist unzulässig, da die Strafe bereits gebüßt wurde.

-Den Genua betreffende EHB ist nicht akzeptierbar da Italien kein EHB für Fakten von 2001 hätte ausstellen dürfen, das Anwendungsdatum des EHB Rahmengesetzes (2002)deckt diesen Zeitraum nicht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass während des Gegengipfels **keine Waffen** nach Genua gebracht wurden..

Darüber hinaus hat das **Kassationsgericht von Genua die Anschuldigung desWaffentransports für ungültig erklärt.**

Diese Entscheidung hatte die italienisch Regierung (wissentlich ?) nicht an den französischen Gerichtshof weitergeleitet als sie den EHB von Genua ausgestellt hatte.

Die Ausstellung dieser EHB basiert auf Gerichtsentscheidungen auf der Grundlage des ROCCO-Gesetzes. Ein faschistisches Gesetz, das 2006, 70 Jahre nach seinem Inkrafttreten, reaktiviert wurde und das die Demonstranten von Genua während der Tatbestandsaufnahme im Jahr 2001 nicht kennen konnten. Ein Manöver mit der Absicht die Demonstranten durch einfachen Tatbestand des « concour moral » (kollektive Sanktionen zur Einschränkung der persönlichen Freiheiten ohne feststehende Beweise) und mittels der Anklage wegen "Plünderungen und Verwüstungen" (schwere Strafen für geringfügige Straftaten)zu kriminalisieren.

Dieses Gesetz schafft somit eine beunruhigende Ungleichbehandlung:

ZWEIERLEI Gewichte, ZWEIERLEI Maßnahmen in Bezug auf den Prozess von Genua!

-Mehr als 100 Jahre kumulative Strafen für die "Ten of Genoa".

-Strafen, die nicht gegen die Täter der Polizeigewalt, gekrönt von einer allgemeinen Amnestie mit Beförderung als Belohnung für einige, verhängt wurden.

Die Strafverteidiger haben auch nachgewiesen, dass es zum Zeitpunkt der Ereignisse im Jahr 2001 im französischen Recht kein dem ROCCO-Gesetz gleichwertiges Gesetz gab. Dies respektiert nicht die Verhältnismäßigkeit von Strafen im Rahmen des EHB.

Angesichts des Materials, das dem Berufungsgericht von Rennes zur Verfügung steht, sind wir der Ansicht, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind, um den Europäische Haftbefehlscheid gegen Vincenzo **am 15. November 2019, dem Tag der Beschlussfassung, aufzuheben.**

Angesichts dieser Verbissenheit der italienischen Justiz 18 Jahre nach den Ereignissen, bekräftigt das Unterstützungskomitee von VINCENZO und jede gerechtigkeitsliebende Person sein Engagement für diesen legitimen Kampf!

DAS UNTERSTÜTZUNGSKOMITEE FÜR VINCENZO